

**Neujahrsansprache des Herrn Landtagspräsidenten
Dr. Matthias Rößler im Sächsischen Landtag am
5. Januar 2015, 10:00 Uhr**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr verehrte Frau Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes,
liebe Mitglieder des Europaparlamentes, des Bundestages und des
Sächsischen Landtags,
verehrte Mitglieder der Staatsregierung und des
Verfassungsgerichtshofes,
lieber Erich Iltgen,
sehr geehrte Vertreter des diplomatischen und konsularischen Korps,
sehr geehrte Herren Bischöfe,
verehrte Vertreter der Kirchen und
..Religionsgemeinschaften,
liebe Frau Oberbürgermeisterin,
verehrte Landräte,
sehr geehrte Damen und Herren aus den Kommunen, der Bundeswehr
und des öffentlichen Lebens,
liebe Gäste,

der sprachgewaltige Journalist Heribert Prantl hat die Landtage der
sechzehn Bundesländer mit „ausgeblasenen Eiern“ verglichen, die
„schön angemalt“ am „Strauch des deutschen Föderalismus“ hängen.

Natürlich freue ich mich, sie alle erholt, gesund und voller Tatkraft schon am ersten Arbeitstag dieses Arbeitsparlamentes zum Neujahrsempfang begrüßen zu können. Auch der Leiter des Ressorts „Innenpolitik“ der „Süddeutschen Zeitung“ meinte mit seinem österlichen Bild der „ausgeblasenen Eier“ keineswegs uns Politiker, sondern zielte vielmehr auf den aus seiner Sicht leerlaufenden Parlamentsbetrieb auf Landesebene, den Kompetenzverlust an Berlin und Brüssel. Da erhebt sich – auch angesichts einer sinkenden Wahlbeteiligung – die Frage, warum wir überhaupt Landtage brauchen?

Weil der deutsche Föderalismus aus der „Vielfalt der deutschen Stämme“ historisch gewachsen ist, von den Alliierten gewünscht war und sich in der alten Bundesrepublik und nach der Wiedervereinigung bewährt hat?

Weil Bundesstaatlichkeit und Föderalismus unabänderlich im Grundgesetz stehen?

Warum gibt es uns überhaupt, und warum soll es uns weiter geben, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

Einige Gründe dafür seien hier genannt:

Weil die Landtage, wenn sie wirklich etwas zu entscheiden haben, Demokratie und Stabilität bedeuten.

Weil Abgeordnete, die mit Leidenschaft Politik gestalten und die Verhältnisse der Menschen aus dem täglichen Erleben kennen, für Bürgernähe stehen und stehen müssen. Sie „schauen dem Volk auf's Maul“ wie Martin Luther sagte. Sonst werden sie abgewählt.

Weil die Parlamente in Ländern und Kommunen – ich nenne beide wie im Grundgesetz in einem Atemzug – den verunsicherten Menschen der global entgrenzten Welt eine Heimat erhalten. Eine Heimat, in der Zusammenhänge und Machtverhältnisse überschaubar und bei gutem Willen auch verständlich bleiben.

Föderalismus soll den Menschen das Leben erleichtern, nicht erschweren. Er soll dafür sorgen, dass die Bürger ihrem (Frei-)Staat, seinen Politikern und seiner Verwaltung trauen, weil sie ihnen nahe sind. Landespolitik und Kommunalpolitik müssen „organisierte Bürgernähe“ werden.

Sorgen wir in unserem Freistaat Sachsen im föderalen Wettstreit dafür, dass wir eine vorbildliche Bildungspolitik von der Wiege bis zur Bahre machen.

Fördern wir also nicht nur die Kleinen und Jungen, sondern auch die Erwachsenen und Alten. Unsere Schulen und Universitäten halten Spitzenpositionen im deutschen Vergleich. Im lebenslangen Lernen einer alternden Gesellschaft sind wir noch längst nicht so weit.

Sorgen wir für genügend Polizisten überall in Sachsen.

Aber Sicherheit entsteht nicht, wenn unsere Polizisten in der Wache sitzend endlose Protokolle schreiben und Straftäter anschließend wieder laufen lassen müssen.

Stellen wir uns hinter Polizei und Justiz, wenn sie konsequent mit den Mitteln unseres Rechtsstaates für Sicherheit, Ordnung und Stabilität eintreten.

Wir werden in diesem Jahr feierlich den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands und der Wiedergründung unseres Freistaates begehen.

Heute ist Sachsen wieder eine moderne Wirtschaftsregion in der Mitte Europas mit vielen neuen Arbeitsplätzen und genügend Lehrstellen.

Der föderale Wettbewerb entbrennt aber auch darum, nicht nur guter Wirtschaftsstandort, sondern auch Lebensort, also Heimat, zu sein.

Sorgen wir für ein gedeihliches Zusammenleben von Alt- und Neubürgern, von In- und Ausländern.

Es geht dann auch um die Integration von Zuwanderern, die sich mit Haut und Haaren auf Sachsen und auf Deutschland einlassen, die sich in unsere Gesellschaft integrieren ohne sich selbst aufzugeben.

Lasst uns gemeinsam an dieser Heimat arbeiten.

An dieser Stelle gieße ich nun nochmals Wasser in den Wein – oder besser in den bereits prickelnden Sekt – und zitiere erneut Heribert Prantl.

„Eine anspruchsvolle gesetzgeberische Arbeit üben sie (die Landtage!) immer weniger aus. Wirkungen im öffentlichen Diskurs entfalten sie kaum noch, und die Haushaltsgesetzgebung, das Königsrecht eines Parlamentes, verdient diesen Namen nicht mehr.“

Er monierte vergangenes Jahr im bayerischen Landtag, dass es keine Steuergesetzgebungshoheit gäbe und die Länder nicht einmal die Höhe der Biersteuer selbst bestimmen könnten. Der kooperative Föderalismus bestehe nur noch aus den im Bundesrat versammelten Ministerpräsidenten, die dafür im Bund ein bisschen mitregieren dürfen. Falls „Mutti“ sie lässt, ...

Die Landesparlamente verkümmerten, die Länder sanken nach dem Greifen der Schuldenbremse 2020 zu bloßen Kostgängern des Bundes herab und verlören damit faktisch ihre so hochgehaltene Staatlichkeit.

Meine Damen und Herren!

Sachsen hat durch eine nachhaltige und generationengerechte Politik seine finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten bewahrt, zumindest bisher. Wir können – anders als viele Bundesländer – unser Königsrecht noch verantwortungsbewusst wahrnehmen und werden bis zum April einen Doppelhaushalt 2015/2016 auf den Weg bringen, ohne Neuverschuldung und mit hoher Investitionsquote.

Die Zukunft unseres wunderbaren, geringverschuldeten, aber eben steuerschwachen Freistaates und seiner Kommunen hängt von der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab. In der letzten Föderalismuskommission saßen wir wenigstens noch am „Katzentisch“, hatten Rede- und Antragsrecht, aber kein Stimmrecht. Da es keine neue Föderalismuskommission geben wird, sind die Landtage am Verhandlungsprozess dazu nicht mehr beteiligt, allenfalls mittelbar über den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung. Ich wünsche mir, dass wir unserem Ministerpräsidenten bei den schwierigen Verhandlungen um die Neuverteilung von Solidarpaktmitteln, die Neuordnung – oder besser Beibehaltung – des Länderfinanzausgleiches – den Rücken stärken und ihn in parlamentarische Verantwortung nehmen.

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir am Schluss noch drei Wünsche, die über die Zuständigkeit von Landespolitik hinausgehen und die uns trotzdem unmittelbar betreffen.

Ich wünsche mir mehr Stabilität, mehr Vertrauen und weniger Polarisierung.

Möge es gelingen, die Ukraine und Russland in eine europäische Friedensordnung einzubinden.

Dabei muss die Souveränität der Ukraine gewahrt und die Modernisierungspartnerschaft mit Russland wieder belebt werden.

Warum geht es nur um Sanktionen?

Warum nehmen Brüssel und Berlin Wladimir Putin nicht beim Wort und sprechen über eine Freihandelszone vom Atlantik bis nach Wladiwostok? Nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland gehören zu Europa. Die Wahrung und Beachtung gegenseitiger Interessen bilden die Grundlage vernünftiger Politik. Lasst Deutsche und Russen im Gespräch bleiben. Der Sächsische Landtag sollte den guten Kontakt zu unserer Partnerregion Omsk, zu unseren Kollegen im , pflegen.

Möge dem Orient, dem aus den Fugen geratenem Morgenland, der von manchen prophezeite „Dreißigjährige Krieg“ zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Arabern, Kurden, Türken und Persern erspart bleiben.

Stabilität in dieser Region wird nur durch das enge Zusammenwirken der USA, Russlands, Chinas und der Europäischen Union möglich werden. Mit Flüchtlingsströmen und – was Gott verhüten möge – möglicherweise islamistischem Terror müssen wir auf absehbare Zeit rechnen.

Möge mehr Vertrauen herrschen und möge Polarisierung vermieden werden zwischen „denen da oben und denen da unten“.

Wolfgang Donsbach schrieb in der Weihnachtswoche im Focus, dass nicht einmal 10 % der Deutschen glauben, dass Politiker und Journalisten ihnen die Wahrheit sagen.

Fühlt sich eine große Mehrheit in diesem Land von Meinungsmachern und Eliten belogen? Manche rufen das auf Dresdens Straßen.

Oder existieren nicht vielmehr in unserer komplexen Gesellschaft viele Interessengruppen mit ihren eigenen Wahrheiten?

Wenn es keinen „einheitlichen Volkswillen“ gibt, an dem der große britische Konservative Edmund Burke schon vor über 200 Jahren seine Zweifel hatte, dann spielen Dialog, Konsens und Kompromiss eine umso größere Rolle.

Diesen Dialog zu führen, den Konsens in unserer Gesellschaft herzustellen und Kompromisse zu schließen ist unsere vornehmste Aufgabe.

Auch dazu braucht man Landesparlamente.

Für die vor uns liegenden Aufgaben wünsche ich uns Gesundheit, Schaffenskraft und viel Erfolg.

Nehmen wir uns die Botschaft der Sternsinger, die ich in unserer Mitte begrüße, zu Herzen.

Erheben wir unser Glas auf ein erfolgreiches und gutes Jahr 2015.